

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Einkommen und Ausgaben.

Es ist eine feststehende Thatsache, daß die Unbemittelten, und zwar immer progressiv nach unten, für die notwendigen Bedürfnisse einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens ausgeben müssen, als die Bemittelteren, Wohlhabenden und Reichen.

Wenn eine Familie von fünf Personen, die ein jährliches Einkommen von 600 M. hat, 6 M. jährlich z. B. für Salz ausgiebt, so bildet diese Ausgabe ein Prozent des gesammten Einkommens. Mehr Salzbedürfnis, wie diese arme Familie hat auch die bemittelte Familie nicht, welche über 6000 M. und die reiche, welche über 60 000 M. Einkommen verfügt. Bei diesen ist aber der Prozentsatz der Ausgabe für Salz zu ihrem Einkommen nur 1/10 resp. 1/100 Prozent.

Und wie mit dem Salze, so geht es mit allen andern notwendigen Bedürfnissen.

Werden nun gar noch auf solche notwendigen Bedürfnisse Verbrauchssteuern und Zölle gelegt, so werden diese Steuern natürlich im Hinblick auf die verschiedenen Einkommen progressiv nach unten drücken.

Wenden wir uns zum Salze. Die Salzsteuer beträgt ungefähr zwei Drittel des Produktionswerthes. Wer für 6 M. Salz verbraucht, zahlt demgemäß 4 M. an Steuer. Derjenige der 600 M. Einkommen hat, beteiligt sich demgemäß mit zwei Drittel Prozent seines Einkommens, der 6000 M. Einkommen hat, mit etwas mehr als ein Sechstel, und der 60 000 M. Einkommen hat, nur mit etwas mehr als ein Sechzigstel Prozent seines Einkommens an dieser Salzsteuer.

Und wie mit dem Salze, geht es auch mit den übrigen notwendigen Bedürfnissen.

Wie sieht es nun mit dem Verhältniß zwischen Wohnungsmiethe und Einkommen aus? Es ist gewiß eine wichtige Frage, einen wie großen Theil die Wohnungsmiethe vom Einkommen im Familienhaushalte bildet. Es liegt eine Tabelle vor uns, welche dahingehende Untersuchungen für fünf große deutsche Städte feststellt.

Danach beträgt die Miethe in Prozenten des Einkommens im Durchschnitt gerechnet:

Mk.	in Berlin	in Hamburg	in Breslau	in Leipzig	in Dresden
601 bis 1 200	41,6	26,5	28,7	29,9	26,8
1 201 " 1 800	24,7	23,5	21,0	21,2	18,4
1 801 " 2 400	21,8	18,9	20,8	19,7	16,3
2 401 " 3 000	21,6	19,5	19,1	20,4	15,9
3 001 " 3 600	18,6	18,8	19,7	18,3	15,4
3 601 " 4 200	21,3	17,9	19,8	16,9	15,3
4 201 " 4 800	18,6	17,8	18,3	15,5	15,4
4 801 " 6 000	17,8	18,3	18,3	15,4	14,6

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Du haust Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Auslösung, die sich nicht verwirklichen können,“ sagte er. „Was ich damit sagen will, weißt Du, es ist also nicht möglich, daß ich näher darauf eingehe. Wenn ich auch die Generalin von Studmann hochachte, so kann ich doch nicht vergessen, daß sie eine Bürgerliche ist, und die Tochter einer Bürgerlichen.“

„Wir wollen das ruhen lassen, bis Du Fräulein von Studmann kennen gelernt hast,“ fiel Siegfried ihm ruhig in die Rede. „Du kannst ja noch kein Urtheil über sie fällen. Wünschest Du, daß ich die Damen auf Deinen Besuch vorbereite?“

„Wozu wäre das möglich?“

„Ich denke mir, es müßte Dir unangenehm sein, wenn Du sie nicht zu Hause trädest.“

„Sei aufrichtig, Siegfried, Du suchst nur nach einem Vorwande, der Dir erlaubt, Deinen Besuch zu wiederholen.“

„Nicht doch, Papa, die Untersuchung gegen den verhassten Amerikaner und der plötzliche Lob des Gärtners geben mir diesen Vorwand, wenn ich eines solchen bedürfte. Wenn Du die Damen näher kennen lernst, werden Deine Vorurtheile gegen sie schwinden.“

Der Oberst hatte sich wieder in dem Sessel niedergelassen, das Haupt auf den Arm gestützt, war er in Nachdenken versunken.

„Du weißt, daß ich Deine Annäherung an diese Damen niemals gebilligt habe,“ sagte er nach einer Weile; „Du wirst Dich auch meiner Warnung erinnern, die Du nicht beachtet hast. Was geschehen ist, das läßt sich nicht ungeschehen machen, aber ich rathe Dir wohl, überlege die Fol-

Mk.	in Berlin	in Hamburg	in Breslau	in Leipzig	in Dresden
6 001 " 12 000	15,0	16,7	13,7	13,1	13,0
12 001 " 30 000	11,7	12,2	8,9	8,4	9,9
30 001 " 60 000	8,8	8,1	3,7	5,5	7,1
über 60 000	3,6	3,9	3,4	1,9	3,9

Diese Uebersicht beweist klar und deutlich, was längst bekannt, daß mit größerer Wohlhabenheit die auf Miethe verwendeten Prozente der Ausgaben in kolossaler Weise abnehmen.

Es ist geradezu zum Verzweifeln, wenn man sieht, daß besonders auch in Berlin der Prozentsatz des Einkommens unter 600 M., welcher für Miethe verwendet werden muß, die Existenz der ärmeren Arbeiter fast zur Unmöglichkeit macht!

Zweifeln Sie des gesammten Einkommens für Miethe bei 600 Mark Einkommen! Bleiben ungefähr 350 Mark jährlich übrig zur Befriedigung der übrigen Bedürfnisse! In den übrigen genannten Städten ist der Prozentsatz ein etwas geringerer, doch immer noch geeignet, den Lebensunterhalt der Familie von circa 600 M. jährlichen Einkommens auf das niedrigste Maß herabzudrücken.

Aber wie sieht es nach obiger Tabelle bei einem Einkommen von circa 6000 Mark aus? Dabei brauchen nur 15-17 Prozent für Miethe verwendet zu werden, so daß über 5000 Mark für die anderen Bedürfnisse übrig bleiben.

Bei einem Einkommen von circa 60 080 Mark aber erfordert die Wohnungsmiethe nur 3 1/2-9 Prozent; nehmen wir also den Durchschnitt von 6 Prozent an, so gehen für dieses Einkommen nur 3600 M. für Miethe ab, so daß den übrigen Bedürfnissen noch 56 400 Mark zur Verfügung stehen.

Doch wir wollen die Sache nicht weiter ausmalen; sie liegt klipp und klar vor Jedermanns Augen.

Auf diese verschiedenartig wirkenden Miethsausgaben ist nun in verschiedenen Städten noch eine Miethsteuer gelegt, die geradezu eine verderbliche Wirkung hat, obgleich dieselbe in einzelnen Städten nach oben progressiv, aber in sehr geringem Maße ansteigend veranlagt ist.

Diesen Ausdruck noch näher zu erörtern, halten wir für überflüssig, da derselbe nach vorstehender Tabelle jedem denkenden Menschen einleuchtet.

Man sieht aber, daß bei unseren gegenwärtigen Zuständen überhaupt die meisten Lasten auf das ärmere, arbeitende Volk gelegt werden, während diejenigen, welche die Annehmlichkeiten der heutigen Gesellschaftsverhältnisse mit vollen Sägen genießen, für Staat und Gemeinde verhältnismäßig die geringsten Opfer bringen.

Und das nennt man noch immer hartnäckig: „die beste der Welten.“

gen, ehe Du einen entscheidenden Schritt thust. Du könntest dadurch Dir und mir Unannehmlichkeiten ersparen.“

„Ich bitte Dich noch einmal, Papa, über dieses Thema nicht weiter zu reden, wenn wir später auf dasselbe zurückkommen, so denkst Du vielleicht anders darüber. Wann hast Du Herrn von Loffow zuletzt gesehen?“

„Loffow? Gestern.“

„Hat er Dir keine Mittheilungen gemacht?“

„Worüber?“

„Ueber seine Tochter.“

„Rein. Ella von Loffow wäre für Dich — aber dieses Thema ist ja auch schon so oft erörtert worden.“

„Und wie die Dinge jetzt sich gestaltet haben, kann es wohl nicht mehr zur Erörterung kommen,“ erwiderte Siegfried, ironisch lächelnd. „Ella von Loffow ist verlobt.“

„Und wer ist der Glückliche?“ fragte der Oberst überrascht.

„Rathe, Papa!“

„Wie kann ich das? Ich habe ja gar keinen Anhaltspunkt.“

„Du würdest es auch nicht errathen, Du würdest an jeden Anderen, nur nicht an Rabe denken.“

„Rabe?“ rief der alte Herr, wild auffahrend. „Das ist ein schlechter Scherz, Siegfried!“

„Es ist leider die lauterere Wahrheit. Ich habe Verschwiegenheit versprochen müssen, mein Versprechen bindet jetzt auch Dich, es war mir eben nicht möglich, Dir diese überraschende und geradezu unglaublich klingende Neuigkeit vorzuenthalten.“

„Und wer hat Dir die Mittheilung gemacht?“ fragte der Oberst kopfschüttelnd.

„Justizrath Walther.“

Politische Uebersicht.

Das heutige Entmündigungsverfahren wird wieder einmal recht grell durch nachstehende Thatsache beleuchtet: Der Hofbesitzer R. Beckmann in Eidelstadt bei Altona wurde von dem Kreisphysikus Dr. Wallichs in Altona für verriickt erklärt und in Folge dessen entmündigt. Herrn Beckmann gelang es, seinen Wohnsitz nach Berlin zu verlegen und hier ließ er sich von den Professoren an der Berliner Universität, Dr. Gulenburg und Dr. Mendel untersuchen. Beide Aerzte erklärten den Herrn Beckmann für vollständig geistesgesund. Herr Professor Mendel sagt in seinem Gutachten vom 3. November d. J.:

„Was das Ergebnis meiner eigenen Untersuchung anbelangt, so habe ich bei dem p. Beckmann eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit nicht finden können; weder im Gebiete der inneren Sinneswahrnehmung, noch im Gebiete der Gefühle, noch im Gebiete der Intelligenz ließ sich irgend eine Abweichung von der Norm konstatiren.“

Er kritisiert dann eingehend das Wallichs'sche Gutachten, zählt die verschiedenen Fälle auf, worauf dasselbe basiert, z. B. die angeblich notorische Prozeßsücht des B. — er hat zwei Prozesse gewonnen und zwei verloren — woraus eine Geistestörung nicht zu schließen sei und kommt zum Schluß zu folgendem Resultat:

„Durch das Gutachten des Herrn Dr. Wallichs ist wissenschaftlich nicht erwiesen, daß der Beckmann zur Zeit der Ausstellung des Gutachtens geisteskrank war und daß endlich jetzt eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit bei dem p. Beckmann nicht nachzuweisen ist.“

Professor Gulenburg hat den Beckmann ebenfalls wiederholt untersucht. Er sagt in seinem Gutachten, datirt vom 6. November d. J.:

„Auf Grund der stattgehabten Untersuchung und Beobachtung und als Resultat derselben, bezeuge ich hiermit, daß zur Zeit für das Vorhandensein eines krankhaften Geisteszustandes bei dem p. Beckmann keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen. Vielmehr kann behauptet werden, daß alle konstatirbaren physischen Thätigkeitsäußerungen desselben durchaus innerhalb der normalen und psychologischen Grenzen bewegten.“

Ein wahrhaft vernichtendes Urtheil fällt Professor Gulenburg über die Verhältnisse in Altona. Er sagt wörtlich:

„Es wirft auf die sozialen Verhältnisse in Altona jedenfalls ein überaus unangenehmes Licht, daß Jemand durch bloßes Uebelreden vom Nächsten dort schon in den Verdacht der Geistestörung gerathen kann!“

Und zum Schluß sagt Professor Gulenburg: „Es sei möglich, daß Zustände krankhaft gesteigerter Exaltation vorübergehend abgewaltet haben könnten. Immerhin könne es sich dabei nur um transitorische resp. heilbare Zustände gehandelt haben. Zur Zeit liegt irgend eine nachweis-

dem Justizrath darüber geredet hat, mit einem Advokaten, der —

„Er bedurfte seines Bestandes. Rabe soll in den Adelstand erhoben werden, der Justizrath hat für den Baron das Gelübde an den König.“

„Unfinn, Siegfried! Dieser Mann wird nie geadelt werden. Loffow müßte unter Kuratel gestellt werden, wenn er die Zukunft seines einzigen Kindes diesem Burtschen anvertrauen will. Er tritt seine eigene Ehre unter die Füße, er beschimpft seinen Namen und übergiebt sein Vermögen einem Verschwender, der es im Hazardspiel vergeuden wird.“

„Weiß er, daß Rabe ein Hazardspieler ist?“ erwiderte Siegfried achselzuckend. „Ich glaube es nicht, er kennt ihn von dieser Seite nicht. Und wenn Ella v. Loffow diese Verbindung will, dann muß der Baron nachgeben. Du kennst ja auch die Nacht, die sie über ihn besitzt.“

„Er muß?“ fuhr der Oberst auf. „Ja, wenn er so schwach ist, sich dem Willen seines Kindes zu fügen, wenn er dieser Schwäche sogar seine Ehre opfert, dann kann ihm Niemand rathen und helfen, und es bleibt nichts weiter übrig, als ihn zu bedauern.“

„Vielleicht wird jenes Gelübde nicht genehmigt, Papa, ich glaube, in diesem Falle verzichtet auch Ella v. Loffow auf eine Verbindung, die für sie mit einer Degradation verbunden wäre. Zerbrechen wir uns darüber den Kopf nicht.“

„Das könnte in der That zu nichts führen, aber meinem Freunde werde ich doch die Augen öffnen.“

„Bergiß nicht, daß ich mein Wort verpfländet habe.“

„Sei unbesorgt, ich weiß, wie man bei ihm auf den Busch klopfen muß, er soll mit der Sprache herausrücken, ich halte es für meine Pflicht, ihn zu warnen und die unausbleiblichen Konsequenzen dieser Verbindung ihm zu zeigen. Und nun gute Nacht, Siegfried, Du hast mir den Kopf warm gemacht, ich fürchte, daß ich keinen ruhigen Schlaf haben werde.“

Siegfried drückte dem Vater die Hand, der alte Herr lehrte in sein Schlafzimmer zurück.

Die Unterredung hatte auch Siegfried aufgeregt, die Person Rabe's machte ihm außerordentlich viel zu schaffen,

Die
Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik
 von
Theodor Fricke,
 nur

174 Oranienstraße 174

Berlin SO.,

174 Oranienstraße 174

empfehl't zu festen Preisen:



Wollene Herren-Westen.
 Preis für 1 Stück 3,50, 4,00, 4,50, 5,50, 6,00,
 extra feine Qualität bis 10,00, 12,00 M.



Gesundheits-Hemden.
 In Sommer-Biogone a 75 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 1,75 M.
 Schweiß-Hemden a 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 2,75.
 dito extra schwer a 2,50, 2,75, 3,00, 3,25, 3,50.



Herren-Unterbeinkleider.
 Baumwollene a 60, 80 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 1,75.
 Schweiß-Holen a 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00.
 dito extra schwer a 2,25, 2,75, 3,25, 3,75.



Wollene Tailen-Tücher.
 Farben: schwarz, weiß, bordeaux, grenat, marine &c.
 a Stück 3,00, 3,50, 4,00, 5,50, 6,50, 7,50 M.



Damen- und Kinder-Capotten.
 Für Kinder a Stück 25, 50, 75, 1,00, 1,25, 1,50.
 „ Damen a „ 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00.



Tricot-Tailen
 in allen Farben, mit Räder-Schock.
 a Stück 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 6,00,
 do. mit eingewirrtm Futter 6,50, 7,00, 8,00, 8,50.



Wollene gehäkelte Kinder-Kleidchen.
 a Stück 2,50, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00.



Kinder-Tricots.
 Baumwollene a Stück 80, 90, 1,00, 1,10, 1,20 M.
 Biogone „ „ 80, 90, 1,00, 1,10, 1,20 M.
 Wollene „ „ 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50 M.



Damen- und Kinder-Westen.
 Für Kinder a Stück 1,00, 1,25, 1,50, 1,75.
 „ Damen „ „ 1,25, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50

Prima englische Strickwolle, a Pfd. zugewogen 2,70, 3,00, 3,20, 4,00 Mark. O Prima Zephyr- und Castor-Wolle, a Pfd. zugewogen 4,00 M.

Gefrickte Socken u. Frauen-Strümpfe, a Paar 50, 60, 75, 80, 1,00, 1,25 M. O Sockene gefrickte Damastchen, a Paar 50, 80, 1,00, 1,25, 1,50 M.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 3. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher, Geh. Rath v. Kohnmann und Vosse. Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt.

Abg. Dr. Lieber (Zentrum): Auf Anlaß der Botschaft vom 14. April 1883 verabschiedete der Reichstag trotz schwerer Bedenken zwei Gesetze, um dadurch in der folgenden Winter Session für wirksamere sozialpolitische Reformen Zeit zu gewinnen. Wir hofften damals viel für die Versicherungsgesetzgebung der Arbeiter. Jüngst hat nun Staatssekretär v. Boetticher erklärt, daß für die Alters- und Invalidenversorgung die Regierungen unter mehreren Bildern die Auswahl haben; wir haben aber nicht erfahren, daß sie nahe daran seien, eins davon zu wählen. Und was die Arbeiterschutzgesetzgebung anhebt, da soll er erklärt haben, daß die Enquete über die Sonntagsarbeit so gründlich als möglich betrieben werde. Diese Enquete ist so recht symptomatisch für die Stellung der verbündeten Regierungen zur Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie ist selbst vom Standpunkte des Reichslanzlers aus in Bezug auf die Fragen, die gestellt sind, nicht erschöpfend, sogar zweideutig, vielleicht sogar tendenziös gegen die Sonntagsruhe angelegt. Namentlich aber kann sie, wenn sie ursprünglicher Rahmen nicht etwa inzwischen erweitert ist, in Bezug auf die Befragten so gründlich wie möglich nicht sein. Denn man hat die zu fragen versäumt, die nicht nur die finanziellen, sondern auch die körperlichen und moralischen Folgen der Sonntagsarbeit zu beurtheilen im Stande sind. Im dem Sanitätsbericht über die königlich bayrische Armee für die Zeit vom 1. April 1874 bis 31. März 1879 wird mit Zahlen belegt, daß das Verfallsstadium der Wehrfähigkeit unserer Bevölkerung ganz auffällig zusammenfällt mit der hohen Entwicklung der Industrie da, wo sie des Arbeiterschutzes, den wir verlangen, entbehrt. Auf die Städte der Provinz Preußen, die im Vergleich mit dem ländlichen Gebiet als auf das Land, speziell auf die Städte mit stark entwickelter Industrie. Ganz ähnlich lauten die Ergebnisse der österreichischen Heeresaushebungen. In meinem Redeuern habe ich gleiches Material aus der preussischen Heeresverwaltung bis jetzt nicht erhalten können. Von geradezu gebieterischem Werthe würde aber für die Enquete eine Nachfrage bei allen zuständigen Kriegsbüros sein. Eine ernsthafte Enquete ist gar nicht anzustellen ohne die Frage, wie die Schullosigkeit der Arbeiter auf die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und auf die Verhütung der Kriminalität wirkt. In der Zeitschrift des statistischen Bureaus, in dem Heft für die ersten drei Quartale v. J., verbreitet sich Geh. Rath Jilling über die Zahlen der Kriminalität in Preußen in den Jahren 1854-84, welche ein ungeheures erschreckendes Bild bieten. Gegenüber dem Verbrechen, was sowohl wissenschaftlich als parlamentarisch gemacht ist, eine Annahme der Kriminalität zu behaupten, hat Jilling mit durchschlagendem Erfolg den Nachweis erbracht, daß sie in dem letzten Menschenalter namentlich in denjenigen Delikten, welche ihren Entstehungsgrund in mangelndem Respekt vor der öffentlichen Ordnung und in Rohheit haben, ganz entschieden gewachsen ist. Er erkennt in der Umgestaltung des Gewerbes und Verkehrs, der wilden und schuppigen Entwicklung unserer Industrie zwar nicht den hervorragendsten Grund, aber immerhin einen der Faktoren, welche eine Vermehrung der Kriminalität herbeiführen müssen. Der moralische Krankheitsstoff ist aber nicht bloß extensiv der Zahl nach, sondern auch intensiv, durch zunehmende Bödsartigkeit der Verbrechen, gewachsen. Ich könnte mich über den Erfolg, den unsere Anträge in der vorigen Session gehabt haben, das wenigstens eine Enquete über die Sonntagsruhe angestellt ist, freuen, aber ich habe eben schwerwiegende Ausstellungen an derselben zu machen und außerdem kann ich mich niemals in dieser Frage auf den Standpunkt des Reichslanzlers ziehen lassen. Was wir von Anfang an als zulässig und erforderlich anerkannt haben, sind Erhebungen, ob und in wie weit Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit geboten erscheinen mögen; aber die Frage der Sonntagsruhe selbst aber werden wir niemals eine Enquete für zulässig erachten. Gegenüber den Ausstellungen der Arbeiterschutzkommission in der vorigen Session und der in unfer aller Gedächtniß lebenden jugendlich warmen und eindringlichen Rede des Abg. v. Kleff hat der Reichslanzler die Frage direkt dahin aufgeklärt, daß, wenn auch das Sonntagsverbot ein Gebot des Christenthums und der Humanität sei, er doch erst wissen müsse, ob der Arbeiter den Sonntagsverdienst verlieren will, bevor er sich auf die Frage der gesetzlichen Regelung einlassen könne. Dem gegenüber bleibt der Auspruch Windthorst's vom 9. Mai v. J. bestehen: über ein Gottesgebot werden wir niemals eine Enquete für zulässig erklären. Wir hätten nun das Ergebnis der Enquete abwarten können, ehe wir unseren Antrag von neuem einbrachten, wenn sie nicht auf die beiden anderen Punkte unseres Antrags, die für uns ganz untrennbar mit der Frage der Sonntagsruhe verbunden sind, überhaupt ohne Einfluß wäre. Wollten wir aber und mußten wir mit der Frage der anderweitigen Regelung der Frauen- und Kinderarbeit und der des Maximalarbeitstages vorgehen, so konnten wir die Frage der Sonntagsruhe unmöglich bei Seite lassen, und haben deshalb unseren Antrag nochmals in der Form eingebracht, in der die Mehrheit der Kommission in der vorigen Session gebilligt hat. Wir haben das letztere gethan, um ein deutliches Zeugniß dafür zu geben und herauszufordern, daß es uns in Wahrheit nicht um Aufregung politischer oder wirtschaftlicher Klaffenleiden geht, sondern um eine ernsthafte Förderung der arbeitenden Klassen zu thun ist. Wir würden es ja viel lieber verschaffen haben, wenn die Regierungen selbst die Initiative ergriffen hätte. Mit welcher Rücksicht ist der Abg. v. Dertling 1882 eingeworfen, sind wir noch in der vorigen Session mit unserer Aufforderung an die verbündeten Regierungen, mit derartigen Maßnahmen hervorzutreten, vorgegangen! Alle diese Rücksichtnahme hat uns aber keine Förderung in der Sache, wohl aber eine fast wie Hohn klingende Erwiderung an unsere Person eingebracht, doch selbst derartige Entwürfe vorzulegen. Um zu zeigen, daß wir nicht etwa konfessionell oder politisch allein in dieser Frage, verweise ich auf eine überaus interessante Schrift: „Die Aufgaben der Kirche und der inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen der Gegenwart“, welche aus einem ganz anderen Standpunkte hervorgegangen ist und die gleichfalls die Einwirkung der Arbeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, das Verbot der Sonntagsarbeit, den Maximalarbeitstages und zuletzt auch die Arbeiterschutzgesetzgebung will. Ich erinnere an Macaulay, einen

der wärmsten Verteidiger der Sonntagsruhe vom sittlichen, wirtschaftlichen und hygienischen Standpunkte, der es ausspricht, daß die Engländer nicht ärmer, sondern reicher geworden sind, weil sie viele Menschenalter hindurch an einem von den sieben Tagen ausgeruht haben; dieser Tag sei nicht verloren, sondern bringe durch die sich im Stillen vollziehende Erholung und Erneuerung der arbeitenden Kräfte den Ausfall reichlich ein. In gleichem Sinne äußern sich die französischen Rationalökonomen Le Play, Leroy Beaulieu und Broudhon. Herr Wolf, der Gewerberath des Inspektionsbezirks Düsseldorf, sagt am Schlusse seines Berichtes über die seitberigen Zustände in dem hohemwiddelen Industriebezirk, daß die stitliche Verwilligung der männlichen und weiblichen Arbeiter zugenommen habe, und damit haben wir den Schlüssel zu dem Vorgehen der Düsseldorf'schen Regierung in Bezug auf eine wirksamere Regelung der Sonntagsruhe. Aus dem Schooße der deutschen Arbeitervöllerung häufen sich jetzt die Rundgebungen zu Gunsten der Sonntagsruhe. Die Handelskammer für Unterfranken, die Delegirten des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die evangelische General Synode haben einen wirksameren Schutz der Sonntagsruhe als nothwendig anerkannt. Ich will die Autorität des Kommerzienraths Stumm und des Abg. Stöcker, die sich auf der Generalsynode in diesem Sinne ausgesprochen haben, besonders hervorheben; sie haben dafür freilich die nichtswürdigsten Verunglimpfungen der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ über sich ergehen lassen müssen. In Düsseldorf ist jetzt erreicht, daß der volle Betrieb aller Anlagen mit einigen Ausnahmen an jedem Sonn- und Festtage zwischen 6 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends ruhen muß, und der theilweise Betrieb so weit eingeschränkt wird als der Arbeitszweck es gestattet. 130 000 Fabrikarbeitern ist dadurch eine 12- oder 24-stündige Sonntagsruhe für gewöhnlich gesichert. Was für Düsseldorf möglich war, sollte es nicht für das ganze Reich sein? Wenn Dr. Wolf es erreichen konnte, warum nicht der mächtigste Mann in Europa? Neben der Frage der Sonntagsruhe geht so bald die eines besonderen Schutzes der in den Fabriken beschäftigten Frauen und Kinder. Die Grundlage der Gesellschaft ist die Familie, und im Interesse ihrer Erhaltung fordern wir die Sicherung der Frauen und Kinder gegen die maßlose Ausbeutung in den Fabriken mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln. Unser letztes Ziel ist die verheirathete Frau überhaupt aus der Fabrik zu entfernen. Im Augenblicke beantragen wir nur eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 6 Stunden, weil wir besorgen, ein allzu früher Uebergang könnte eine Schädigung, weniger der Industrie als der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen, und weil wir glauben, daß die Frau, welche nur 6 Stunden arbeiten darf, von den unverbethalten Arbeiterinnen sehr bald verdrängt werden wird. Fast überall wird eine Zunahme der weiblichen und jugendlichen Arbeiter konstatiert. Was die Einführung des Maximalarbeitstages betrifft, so weise ich darauf hin, daß in Mittelfranken 13-14 1/2, in Leipzig 12 Stunden, regelmäßig mit Ueberstunden in größerer Zahl, in Baden eine 24stündige und ein anderes Mal eine 30stündige ununterbrochene Arbeitszeit von dem Fabrikinspektor festgestellt worden ist. Gegen diese wahrhaft empörende Ausbeutung auch des erwachsenen Arbeiters muß die Gesetzgebung Schutz gewähren. Der Arbeiter wird durch die Einführung des Maximalarbeitstages auf die Dauer auch nicht einmal eine finanzielle Einbuße erfahren; denn bei beschränkter Arbeitszeit leistet und erwirbt der Arbeiter in kürzerer Zeit dasselbe, wie jetzt in längerer Zeit. Ich verbeule mir nicht, daß wir mit einer wirksameren Arbeiterschutzgesetzgebung noch nicht Alles erreicht haben. Die großen stitlichen Mächte des Volkslebens müssen dem Gesetze erst seinen wahren Inhalt geben, namentlich muß die Macht des Christenthums den Bemühungen des Gesetzgebers zu Hilfe kommen, und ich sage dem Abg. v. Pannsch, der in wahrhaft nobler Weise den großartigen Leistungen des Christenthums die sozialdemokratischen Mittel gegenüberstelle: beweisen Sie erst, daß Sie damit im Stande sind, unsere gesellschaftlichen Schäden zu beseitigen. Ich bitte Sie, zur Vorberatung unserer Anträge eine Kommission von 28 Mitgliedern zu wählen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär v. Boetticher: Ich halte diesen Fragen gegenüber eine ernste und gründliche kommissarische Berathung für sehr viel richtiger und fruchtbarer, als das Halten akademischer Reden. (Zustimmung.) Die Fragen sind von sehr bedeutender und vitaler Wichtigkeit für unser Volksleben, und auch der Herr Reichslanzler hat es keineswegs abgelehnt, wie der Vorredner meinte, seine helfende und mitwirkende Hand aufzutun. Dies ergibt sich deutlich aus seiner Aeußerung in der Kommission vom 9. Mai v. J., dafür spricht auch die Enquete. Ich könnte mich hiernach auf den Hinweis beschränken, daß wir nach wie vor bemüht sein werden, in der Kommission ein Gesetz zu Stande zu bringen, welches den Anschauungen der verschiedenen Parteien und den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens möglichst Rechnung trägt. Allein der Vorredner hat eine Bemerkung gemacht, welche so gedeutet werden könnte, als ob von Seiten der Reichsverwaltung auf dem Gebiete, welches durch die Allerhöchste Botschaft vom April 1883 berührt worden ist, nicht das Nöthige gethan wird, und in diesem Punkte bin ich etwas empfindlicher, und um so empfindlicher, als ich mir bewußt bin, daß die Arbeit auf diesem Gebiete in keinem Augenblicke gestockt hat. Die Allerhöchste Botschaft vom April 1883 legte dem Reichstag und Herz in eine zweite Staatsberathung einzutreten, um für den folgenden Winter die Zeit zu gewinnen, die Arbeiterschutzgesetzgebung energischer und mit der Aussicht auf einen größeren Erfolg als bisher in Angriff zu nehmen. Wir sind in der darauffolgenden Sitzung 1883/84 in die Berathung des Unfallgesetzes eingetreten. Es ist im Winter 1884 verabschiedet worden, und wir haben darauf im vorigen Jahre die Novelle zum Arbeiterschutzgesetz gemacht. Die verbündeten Regierungen haben Ihnen gleichzeitig einen Gesetzentwurf über die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter vorgelegt. Das dieser Entwurf nicht zur Verabschiedung gelangte, ist nicht die Schuld der verbündeten Regierungen gewesen, und in diesem Jahre liegen Ihnen wiederum zwei Gesetzentwürfe, die sich auf die Fürsorge für die durch Unfall getroffenen Personen beziehen, vor. Aber wir sind noch weiter gegangen. Wir haben in Angriff genommen eine Unfallversicherung für die Seelente und sind im Begriff, eine Pfülle im Gesetz auszufüllen, bezüglich der Fürsorge solcher Arbeiter, die beim Schiffbau beschäftigt sind. Auch auf dem Gebiete der Arbeiterschutz sind wir nicht unthätig gewesen. Wir haben, entsprechend der Anregung des Reichstages, ein Rundschreiben an die verbündeten Regierungen bereits im Februar v. J. gerichtet, um festzustellen, wie es mit dem aktuellen Recht in Bezug auf den Arbeiterschutz im Deutschen Reiche steht, namentlich bezüglich der Sonntagsruhe. Die Mittheilungen der verbündeten Regierungen lassen uns jetzt dieses Rechtsgebiet überblicken. Ich werde mich beehren, demnächst dem Reichstage eine Zusammenstellung dieser gesetzlichen Vorschriften zu übermitteln. Dadurch wird eine Grundlage geschaffen, auf der die Kommission wirksamere und

praktischere Vorschläge machen kann für das, was etwa noch auf diesem Gebiete zu thun ist. Uebrigens drängt mir die oberflächliche Durchsicht dieser Vorschriften die Ueberzeugung auf, daß es im Deutschen Reich mit der Sonntagsarbeit bei weitem nicht so schlimm steht, als die Herren Antragsteller voraussetzen. (Oho! im Centrum und bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! links.) Meine Herren, ich kann mir nicht helfen. Sie werden ja prüfen können, ob ich Recht habe oder ob Sie aus den Vorschriften einen entgegengesetzten Eindruck gewinnen. Ich will Ihnen auch gleich sagen, daß die Dissidenten, also die Herren, die da meinen, daß mein Eindruck ein falscher sei, sehr wohl Grund zu einer entgegengesetzten Auffassung haben können, weil die Vorschriften nicht überall wirksam gehandhabt werden. (Zustimmung.) Sehen Sie, so verstehen wir uns immer, wenn wir nur ruhig abwarten. (Weiterkeit.) Ich sprach zunächst von dem aktuellen Recht, und die Zusammenstellung dieses aktuellen Rechtes hat mir die Ueberzeugung gewährt, daß es nicht so schlimm steht, wie die Verfasser der Anträge voraussetzen. Ich will nun gar nicht bestreiten, daß es nützlich sein kann, gleichwohl von Reichswegen einzelne sogenannte Schutzvorschriften zu erlassen. Aber dem Mangel, an den ich soeben erinnerte, kann durch solche Vorschriften nicht gehörig begegnet werden; den befehligen Sie dadurch nicht, daß Sie die bereits bestehenden Vorschriften in ein Reichsgesetz zusammenfassen. Weiter habe ich zu berichten, daß wir nach Empfang dieser Vorschriften zu der Vornahme einer Enquete über die Sonntagsarbeit übergegangen sind. Es thut mir leid, daß der Vorredner die Fragestellung in dieser Enquete als tendenziös bezeichnet hat. Den Verfassern der Fragen hat jede Tendenz auf diesem Gebiete fern gelegen; auch glaube ich, wenn wir hätten tendenziös sein wollen, wäre es viel leichter und besser gewesen, gar keine Enquete vorzunehmen und uns auf den Standpunkt zurückzuziehen; bei der Enquete kommt doch nichts heraus! Im Gegentheil beschränkt sich diese Enquete ausschließlich auf die Feststellung tatsächlicher Zustände und auf die Folgen, welche eine Abänderung der letzteren und des bestehenden Rechts im Gefolge haben kann. Es ist aber auch auf dem Rundschreiben an die Regierungen keineswegs zu entnehmen, daß wir mit der bestimmten Tendenz, ein negatives Resultat zu erhalten, an die Enquete herangetreten sind, oder daß wir derselben eine bestimmte Richtung hätten geben wollen. Aus diesem Schreiben ergibt sich vielmehr, daß wir die objektive Feststellung der zu erlutenden Thatsachen angestrebt haben.

Der Eingang des Schreibens lautet: „Nachdem durch die gefälligen Mittheilungen der Bundesregierungen, die mir auf mein Schreiben vom 14. Februar zugegangen sind, in dankenswerther Weise das Material für eine Zusammenstellung der bestehenden, die Sonntagsarbeit betreffenden landesrechtlichen Vorschriften zur Verfügung gestellt ist, wird es sich mit Rücksicht auf den Verlauf der Reichstagsverhandlungen über die Abänderung des § 105 der Gewerbeordnung empfehlen, namentlich auch festzustellen, in welchem Umfange thatsächlich die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen vorkommt, sowie ob und inwiefern eine Beschränkung derselben ohne Schädigung berechtigter Interessen möglich ist.“ Also ist die Fragestellung ganz objektiv und der Fragestellende zeigt damit, daß er selbst eine Einschränkung der Sonntagsarbeit nicht bevorzugt. Diesem Wortlaut gegenüber wird der Vorwurf einer tendenziösen Fragestellung nicht aufrecht erhalten werden können. — An sich würde ich nicht große Bedenken gehabt haben, die Enquete auch auf die Feststellung zu richten, ob moralische oder sanitäre Nachteile mit der Sonntagsarbeit verknüpft sind, kann mir aber auch von der Beantwortung und namentlich von der allgemeinen Stellung dieser Frage an alle die Kreise, die wir bei der Enquete zu hören beabsichtigen, keinen Erfolg versprechen. Es wird sehr schwer nachzuweisen sein, ob gerade die Arbeit am Sonntag sanitäre Nachteile auf den Arbeiter übt oder nicht. Viel eher ist es festzustellen, ob eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit der Gesundheit der Arbeiter nachtheilig ist. Und über die moralische Seite der Sache werden wir mehr urtheilen, als durch thatsächliche Feststellungen uns aufklären können. Der Vorredner meinte, es wäre nützlich gewesen, das Verhältnis des Arbeiterschutzes zur Kriminalität zu erörtern und hat sich auf den bekannten Ausspruch von Jilling berufen. Ich gebe zu, daß die Verrohung einzelner Elemente der arbeitenden Klassen in manchen Industriebezirken erheblich zugenommen hat. Darin bin ich ganz der Meinung des Herrn Jilling. Aber daß er gefagt hätte, diese Verrohung und Zunahme der Kriminalität hänge zusammen mit der Vernachlässigung des Arbeiterschutzes, das habe ich nicht aus den Ausführungen des Vorredners entnommen, und ich glaube auch kaum, daß dieser Nachweis zu führen sein wird. Ich will ja nicht so weit gehen, daß ich daran erinnere, was schon bei der vorigen Berathung zur Sprache kam, daß, wenn man den Sonntag ganz frei giebt, der Arbeiter vielleicht verleitete wird, über die Stränge zu schlagen, als wenn er Sonntags beschäftigt ist. Aber der Nachweis, daß die Verrohung mit der Sonntagsarbeit zusammenhängt, ist nicht geführt und wird nicht zu führen sein. Auch in der Frage der Frauenarbeit sind wir nicht müßig gewesen; wir haben bereits Vorarbeiten gemacht und sind gern bereit, demnächst der Kommission diese Vorarbeiten zur Disposition zu stellen. Daß der Vorredner ein Schwärmer für den Maximalarbeitstages ist, hat er uns schon im vorigen Jahre gesagt. In dieser Beziehung in dem Reichstag die Reichsverwaltung auf einem ganz entgegengesetzten Standpunkt (höri! links), nicht nur, weil der Maximalarbeitstages in den gewerblichen Kreisen, insbesondere der Großindustrie, einer erheblichen Gegnerschaft begegnet und nicht bloß aus den Geländen, die der Herr Reichslanzler im vorigen Jahre entwickelt hat, sondern sie hat diesen Standpunkt auch entnommen aus den sehr ungünstigen Erfahrungen, welche in anderen Ländern mit dem Maximalarbeitstages gemacht worden sind. Die Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren, auf die neulich Bezug genommen wurde, sind mir wohl bekannt. Im Allgemeinen wird sehr günstig über die schweizerische Gesetzgebung geurtheilt. Inzwischen sind aber auch andere autoritative nicht so günstige Urtheile schweizerischer Behörden vorhanden, nämlich die Berichte der Kantonsregierungen, denen ich keine geringere Autorität beimessen möchte, als wie den Berichten der Fabrikinspektoren. Wenn man z. B. aus den Berichten über die Verhältnisse in dem Kanton Jürich liest, daß unter einer Anzahl von 452 Betrieben im Jahre 1883 der Regierungsrath an 67 Fabrikbesitzer 95 Bewilligungen, 1884 an 58 Fabrikbesitzer 91 Bewilligungen, zur vorübergehenden Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit, und zwar während 1-3 Monaten täglich um 1 1/2 bis 2 Stunden, hat ertheilen müssen; wenn man ferner die Urtheile darüber liest, daß die Vorschriften über die Maximalarbeitzeit vielfach überschritten werden, auch ohne daß es zur Kenntniß der Behörden kommt, und wenn man ferner die Klagen darüber vernimmt, welche in schweizerischen Kantonalberichten enthalten sind über den Mangel einer wirklichen Kontrolle dar-

Gefrichte Copen n. Brauen-Gefrichte, a Paar 50, 60, 75, 80, 1,00, 1,25 Mt. O Grolene Gefrichte Camaschen, a Paar 50, 80, 1,00, 1,25, 1,50 Mt.

über, dann ist man doch geneigt, die Schwärzerei für den Normalarbeitsstag zurück zu stellen. Aber auch diese Frage — und wir entziehen uns ihrer Diskussion ja nicht — wird ja sehr gründlich und zweckmäßig in der Kommission zu erörtern sein. Wir wollen mit Ihnen gemeinschaftlich arbeiten, und ich selbst bin geneigt, mich an diesen Beratungen zu beteiligen. Ich hoffe, daß es mir in diesem Jahre mehr möglich sein werde, als im vergangenen, wo ich die Zeit dazu nicht habe gewinnen können. Eine prinzipielle Abneigung, in die Materie einzutreten, besteht bei keiner der verbündeten Regierungen, sie hat auch nicht beim Herrn Reichskanzler bestanden. Ich kann Sie in dieser Beziehung, namentlich was die Sonntagsarbeit anlangt, auf einen Passus verweisen, wo der Herr Reichskanzler ausdrücklich sagt, nachdem Herr v. Kleist-Regow ausgeführt hatte, das Wichtigste, was für den Arbeiter geschehen könnte, sei die Sonntagsruhe: „Ich halte das für sehr richtig, im hohen Grade wünschenswert für ein glänzendes Ziel, wenn man es erreichen kann.“ Ob und wie wir es erreichen können, lassen Sie uns gemeinsam und in aller Ruhe erörtern, und enthalten Sie sich, ich wiederhole die Bitte, der Angriffe auf die Regierungen wegen mangelnder Aktivität. Eine solche liegt wirklich nicht vor. (Beifall rechts.)

Abg. Vohren: Die Anträge der Sozialdemokraten stellen sich theils als Ausbau der bestehenden zu Gunsten der Arbeiter erlassenen Gesetze dar, theils enthalten sie Forderungen, welche sich durch eine gewissenhaftige Handhabung der Arbeitergesetze regeln lassen, theils sind sie für mich und meine politischen Freunde unannehmbar. Zu den ersteren gehören: die Regelung der Fabrik- und Werkstattordnung, das Verbot des Truhsystems, die Hebung der Sittlichkeit u. s. w. Die zweite Art der Abänderungsanträge betrifft die Regelung der Sonntagsarbeit, den Normalarbeitsstag und das theilweise Verbot der Frauen- und Kinderarbeit. Den Weg internationaler Regelung halten wir für vollkommen verfehlt und undurchführbar. Es fehlt dazu an jedem Mittel, die Staaten zur Durchführung der Beschlüsse eines internationalen Kongresses anzuhalten bzw. zu nötigen. Unseres Dafürhaltens müssen die Staaten selbstständig vorgehen. Wir haben diesen Weg mit dem Krankenversicherung und Unfallversicherungsgesetz schon beschritten, unsere Partei ist wie die Arbeiterpartei bereit, weiter zu gehen. Aber ohne Enquete ist bezüglich des Normalarbeitsstages nichts zu machen, das Resultat derselben muß erst abgewartet werden. Das Risikofrauen, sie könne parteiisch ausfallen, theilen wir mit Herrn Lieber nicht. Sichtlich der Frauenarbeit halten wir eine Enquete nicht für nötig, denn die Wirkstoffe liegen hier klar zu Tage, und daher haben wir den Antrag eingebracht, die Frauennacharbeit für die Zeit von Abends von 8 1/2 bis Morgens 5 1/2 Uhr auszuschließen. Andere Länder, selbst Rußland, sind in dieser Richtung schon vorgegangen, es wäre doch sonderbar, wenn hier gerade Deutschland zurückbleiben wollte. In den Kreisen der Fabrikbesitzer ist man sogar bereit, noch einen Schritt weiter zu gehen, dem entspricht die Erweiterung unseres diesjährigen Antrages, nach welchem Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen am Sonnabend nach 5 1/2 Uhr Nachmittags nicht weiter beschäftigt werden dürfen. Wir erhoffen hier von einer weitgehenden Wirkung, denn es dürfte kein zweites gleich wirksames Mittel dafür geben, den Sonntag zum Tag der Ruhe zu machen. Den ganzen Sonnabend Nachmittag freizugeben, wie in England, halten wir für verwerflich, sonst würden sich traurige Folgen für die Sittlichkeit ergeben. Die sozialdemokratischen Anträge in Betreff der Festssetzung von Minimallöhnen und von Anstaltionen des sozialen Arbeiterstandes halten wir für vollkommen unannehmbar. Hier sieht man, daß die Antragsteller so von der Praxis getrieben sind, wie sie es darstellen belieben, denn der Lohn kann nur durch die Arbeitsverhältnisse, nie durch das Gesetz reguliert werden. Ebenso undurchführbar ist die Forderung von Arbeitsämtern für Bezirke von je zwei bis vierhunderttausend Einwohnern. Bei einer internationalen Regelung der ganzen Arbeitsverhältnisse, wie sie die Herren wünschen, bedürfte es für ganz Europa einiger Tausend Kommer. Wie soll das durchführbar sein! Und was wäre die Folge? Eine kommunistische Revolution, welche alles zerstört und uns in die Barbarei zurückversetzen würde. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb ist der Antrag für uns vollkommen unannehmbar. Damit sagen wir keineswegs, daß wir gar keine Arbeiterorganisation wollen, wir wollen nur nicht den Weg eines Louis Blanc oder Karl Marx, sondern Gesetzesinstitutionen, wie wir sie in Preußen haben. Das preussische Landrecht bietet einen wahren Schatz von Weisheit; dort finden Sie auch den Satz, auf den Sie so sehr viel Werth legen, vom Recht auf Arbeit. Hier darf Deutschland nicht zurückbleiben hinter dem alten preussischen Staat. Das ist unser Ziel. (Beifall rechts.)

Abg. Hize: Ich freue mich, daß der Ton, in welchem heute der Herr Vertreter der verbündeten Regierungen auf unsere Anträge geantwortet hat, ein freundlicherer war, als im vorigen Jahre. Hat doch Herr Staatssekretär von Boetticher sich bereit erklärt, persönlich an den Beratungen der Kommission theilzunehmen. Ich hoffe, daß wir uns über verschiedene Punkte, vor allem auch darüber verständigen werden, welche Einführungen die Schweiz mit ihrer Fabrikgesetzgebung gemacht hat. Es ist ja erklärlich, daß die Arbeitgeber in der Schweiz so gut wie anderwärts gegen ein Gesetz Opposition machen, welches sie in der Ausnutzung der Arbeitskräfte ihrer Arbeiter beschränkt. In der Schweiz, wo der Partikularismus viel weiter geht als bei uns, ist diese Opposition besonders erklärlich. Ich habe übrigens von einem Bestreben, den elfständigen Arbeitsstag aufzugeben, nirgend in der Schweiz etwas gehört, und diese Thatsache ist für mich von größerer Bedeutung als die Klagen, welche Sie und da gegen das Gesetz laut geworden sind. Mein Antrag ist eigentlich nur ein Coeventualantrag, er begegnet sich mit dem Antrage Lieber in dem Ziele, die Arbeitszeit zu begrenzen. Man kann eine solche Beschränkung generell herbeiführen, wie in der Schweiz, oder auf Einzelwegen, wie es England gethan hat. Jeder Weg hat seine Vorzüge. In erster Reihe möchte ich Sie daher auch eruchen, für den Antrag Lieber einzutreten. Ich fasse es als eine Kongestion auf, wenn ich gebeten habe, mit der Textilindustrie zu beginnen, mit der auch England den Anfang gemacht hat bei der Einführung eines Normalarbeitsstages. Sie ist die größte Industrie und beschäftigt die meisten Personen weiblichen Geschlechts und jugendliche Arbeiter. In unserer Textilindustrie weist die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte eine progressive Steigerung auf, während 1875 rund 252,000 weibliche Arbeiter in ihr thätig waren, betrug die Zahl 1882 schon 402,568. Sie sehen, wir sind nicht eigenförmig, es gilt uns nur, etwas zu erreichen. Haben wir erst für die Textilindustrie eine Beschränkung der Arbeitszeit erreicht, so werden wir zu anderen Industrien übergehen, zuerst zum Bergbau, auf den schon Herr Vohren unsere Forderung unterstützen wird. Ich wende mich nun zu den sozialdemokratischen Anträgen und zwar zu der Forderung eines Minimallohnes. Der Minimallohn steht keineswegs in innerer Verbindung mit dem Normalarbeitsstage. Auch die Sozialdemokraten behaupten eine solche Verbindung nicht. In England hat man den Normalarbeitsstag seit 40 Jahren, in der Schweiz seit 1877, auch Oesterreich hat denselben Weg betreten, und Frankreich hat den Normalarbeitsstag wenigstens auf dem Papiere. Aber nirgends finden Sie etwas von einem Minimallohn. Die Faktoren der Lohnbildung bleiben eben auch beim Normalarbeitsstage in voller Wirkung. Wir haben auch bereits im Vorjahr gehört, daß in Deutschland die Buchdrucker einen Minimallohn festgesetzt. Ein anderes Beispiel ist die Lohnliste der Kreislager Fabrikanten und Weber, die noch bis vor Kurzem in Kraft bestand. Noch heute wird nach derselben im Kreislager Bezirk gerechnet. Sie ist das Ideal aller Weber. Schon in den

nächsten Tagen wird Ihnen eine Petition um Wiedereinführung derselben zugehen. Auch eine bergische Weberversammlung hat sich jüngst zu Gunsten des Minimallohnes ausgesprochen, und übrigens besitzen wir ein Analogon zu dieser Forderung bereits in der Festssetzung des Bismarcklohn und der Preisstöße. Diese Preisstöße sollen nicht regulierend wirken, sondern den wirtschaftlich Schwachen der Ausbeutung entziehen. In diesem Sinne kann auch ich den Minimallohn für eine berechtigte Forderung erklären, aber in der Form, in der sie uns von der sozialdemokratischen Partei gebracht wird, halte ich sie nicht für praktisch durchführbar. Die Organisationsvorschlüsse derselben enthalten nichts Neues. Ich kann nur meine Freude darüber ausdrücken, daß auch die Sozialdemokratie sich entschlossen hat, Arbeiter und Arbeitgeber in einer Körperschaft zusammenzubringen. Als bei den Berufsgenossenschaften derselbe Vorschlag von unserer Seite kam, ist derselbe am heftigsten von den Sozialdemokraten angefochten worden. Und jetzt ahmen die Herren unsere Vorschläge nach. Im Uebrigen kann ich mich mit dem Sozialismus Ihrer Organisation nicht befremden. Ich halte dafür, daß die bestehenden Organisationen, die Berufsgenossenschaften und Innungen, weiter auszubauen und mit weiteren Kompetenzen auszurüsten sind. Warten wir daher zunächst ab, wie die von uns errichteten Organisationen eingeschlagen. Die Forderung, betreffend die Gefängnisarbeit, enthält auch nichts Neues. 1882 hat die Petitionskommision des preussischen Abgeordnetenhauses dieselben Vorschläge entwickelt. Ich glaube aber, daß die Regelung dieser Angelegenheit nicht Sache des Reichs, sondern der Einzelstaaten ist. Der Herr Reichskanzler hat gefragt, wer soll den Lohnausfall decken? Ich halte dies für sehr unklar. Die Frage geht von der Voraussetzung aus, daß Arbeitszeit und Arbeitsleistung nicht denselben Lohn einbringen. Nun wird mir aber jeder Fabrikant bezeugen können, daß eine erhöhte Arbeitszeit nicht auch immer eine Steigerung der Leistung zur Folge hat. Es ergibt sich über diese Materie eine ganze Reihe von Monographien, die den Herren wohl bekannt sind. Aber auch angenommen, der Vordringende wäre richtig, so müßte doch auch der Konsumant in Betracht kommen. Mit der Reduktion der Arbeitszeit würde die Produktion sinken, in Folge dessen die Nachfrage sich erhöhen, damit auch die Nachfrage nach Arbeitern, der Lohnsatz selbst sowie der Preis der Waare steigen. Ich behaupte, die Fabrikanten werden nichts riskieren bei unseren Vorschlägen, ausgenommen die, welche jetzt die Kraft ihrer Arbeiter übermäßig ausbeutet haben; diese würden allerdings auf Vortheile, die sie sich auf Kosten ihrer Arbeiter erworben haben, verzichten müssen. Dann wird bei dieser ganzen Frage immer nur die Berechnung eines einzigen Tages zu Grunde gelegt. Das halte ich für falsch; das Lebenskommen überhaupt ist zu Grunde zu legen. Unser Standpunkt ist einfach der, in erster Reihe Schutz zu suchen für die Gesundheit des Arbeiters und dessen Familienleben. Der Niedergang unseres Arbeiterelements in körperlicher und geistiger Beziehung hängt eng zusammen mit dem Umstände, daß in dieser Beziehung bis jetzt für den Arbeiter nicht genügend Sorge getragen ist; daher unsere Forderung effizienter Arbeitszeit. Der Arbeiter muß Zeit gewinnen, für sein sittliches Leben Sorge zu tragen und sich seiner Familie zu widmen. Demselben Grunde entspringt unsere Forderung der Beschränkung der Frauenarbeit, denn auf die Mädchen wirkt gerade die Fabrikarbeit höchst verderblich. Unsere erste Pflicht gegenüber Religion und Vaterland erheischt es, daß wir hier Wandel schaffen. (Beifall im Zentrum.)

Am 4 1/2 Uhr wird die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr verlag.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat durch den Abg. Lieber den folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Massenausweisungen von russischen und österreichischen Staatsangehörigen polnischer und russischer Nationalität geeignet sind, völkerrechtliche Verwicklungen mit dem Auslande herbeizuführen; in Erwägung, daß die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands laut Artikel 11 der Reichsverfassung Reichsangelegenheit ist; in fernerer Erwägung, daß die Fremdenpolizei, in deren Bereich die Ausweisungen fallen, nach Artikel 4 der Reichsverfassung, der Bewachung des Reichs und der Gesetzgebung desselben, mithin der Kompetenz des Reichstages unterliegt; in Erwägung endlich, daß die Interessen der Deutschen im Auslande, welche nach Artikel 3 der Reichsverfassung „Anspruch auf Schutz des Reichs“ haben, durch die fraglichen Maßnahmen der preussischen Regierung aufs Schwerste beschädigt werden und weiter bedroht sind, indem dem Auslande, namentlich den Regierungen von Oesterreich und Rußland ein Grund zu Repräsentationen geliefert und die Verdrängung des Deutschtums in jenen Ländern ein Schein von Vertretung gegeben wird;

Den Reichskanzler aufzufordern, die nöthigen Schritte zu thun, damit jene, die Interessen, wie die Ehre des deutschen Volkes schwerer schädigen den Maßregeln alsbald rückgängig gemacht werden.

— Petitionen für Arbeiterschutz. Bis jetzt sind bei dem Reichstage Petitionen für Arbeiterschutzgesetzgebung mit im Ganzen 222 085 Unterschriften (nicht 800 000 wie wir gestern irrthümlich berichteten) eingelaufen. Von Hamburg, Altona und Umgegend 72 500 Unterschriften. Aus Berlin, Frankfurt a. M., Stuttgart, Leipzig und zahlreichen größeren Orten sind noch keine Petitionen angelangt, es ist somit anzunehmen, daß diese Ziffer sich noch bedeutend vergrößern wird. Von den 222 000 Unterschriften gehören den Virts-Dunderschen Gewerkschaften 6000 an. Weitere Mittheilungen behalten wir uns vor.

— Wie wir vernehmen, beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion, im Reichstag eine Aenderung des gesamten heutigen Exekutionsverfahrens zu beantragen. Es ist wünschenswert, daß zu dem verhandeltem Material noch anderes möglichst zahlreiches dazu komme. Diejenigen, welche ein Interesse an dem Gegenstande nehmen, werden ersucht, Einwendungen an den Reichstagsabgeordneten Sabor (Adresse: Berlin, Reichstag) zu übermitteln.

Kommunales.

Zu den Stimmwahlen. Am Dienstag, den 15. Dezember, in der Zeit von Vormittags 9 Uhr bis 6 Uhr Abends finden die Stimmwahlen zur Stadtordneten-Versammlung statt. Die Arbeiterpartei ist dabei im 25. und 34. Kommunalwahlbezirk interessiert, woselbst ihre Kandidaten, Schlossermeister Franke und Vergolder Böhl zur Stichwahl gelangen. Wir hoffen, daß die Arbeiter und Handwerker Berlins dem Beschlusse des Arbeiter-Wahlkomités Folge leistend, mit aller Energie für die Wahl der Arbeiterkandidaten eintreten werden. Ueberall, in jeder Werkstatt, in jeder Wohnung, muß in diesem Sinne gewirkt werden, dann wird auch der 15. Dezember für die Arbeiter Berlins ein Tag des Sieges werden. Tausende von Wählern sind am 24. November der Wahl fern geblieben. Jetzt gilt es, die Säumigen heranzuziehen, ihnen die Nothwendigkeit einer Verstärkung der Zahl der Arbeitervertreter im Rathhause begreiflich zu machen. Jeder, dessen Name in die Wählerliste eingetragen ist, hat das Recht, am 15. Dezember seine Stimme abzugeben, gleichviel, ob er sich beim ersten Wahl-

gange am 24. November an der Wahl betheiligt hat oder nicht. — Wir glauben hierauf besonders hinweisen zu müssen, weil vielfach die irrthümliche Ansicht verbreitet ist, daß nur diejenigen sich an der Stichwahl betheiligen dürfen, welche bei der ersten Wahl mitgestimmt haben. Kögen sich also alle diejenigen, welche am 24. November ihr Wahlrecht nicht ausübt haben und in den oben genannten Wahlbezirken wohnen, oder zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten gewohnt haben, davon überzeugen, ob sich ihre Namen in den Listen befinden, wir werden in einer der nächsten Nummern des „Berliner Volksblatt“ bekannt machen, wo die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen.

Lokales.

Berlin braucht ein neues Rathhaus. Darüber soll wie die „Germ.“ schreibt, die Magistratsbehörde, die Stadtvertretung und die Bürgerschaft einig sein. Der rothe Rathhau, welcher sich im Zentrum der Residenz erhebt, genügt den Ansprüchen, welche die Millionenstadt an ein Institut zu ihrer eigenen Vertretung und Verwaltung erhebt, nicht mehr. Die großartigen Räume zeigen sich den noch größeren Bedürfnissen gegenüber zu klein. Eine Anzahl von Verwaltungsstellen, die zu dem Apparat des Kommunalregiments gehören, sind von dem Rathhause örtlich abgezweigt, was Weitläufigkeiten und geschäftliche Hindernisse mancher Art zur Folge hat. Man aber ein neues Rathhaus hat, muß man einen Platz dafür haben. Um diesen streiten sich jetzt die Leute. Der Magistrat hat im Weichbilde der Stadt noch verschiedenes Terrain, das den ökonomischen Berechnungen einiger Stadthalter zu dem gedachten Zweck geeignet erscheint. Die Frage nach dem Nuwerth eines oder des anderen Grundstücks kommt uns so lebhafter in Fluß, als die Stadtordnetenversammlung sich mit einem Antrage des Magistrats beschäftigt wird, der dahin geht, ihm die Genehmigung zum Verlaufe der alten Mauer, des Fürstenhauses, des dazu gehörigen bisherigen Straßenterrains und des Hauses Werderstraße Nr. 7 zu ertheilen. Es knüpft sich an diesen Antrag zunächst die Frage, ob nicht gerade das genannte Territorium dem Baugrund für das zweite Rathhaus abgeben kann. Es scheint indeß, als habe die Behörde diesen Gedanken bereits erwogen und sei zu einem ablehnenden Urtheile gelangt. Von einem neuen Rathhause will man sich zunächst eine Erleichterung bei Verleß mit dem alten versprechen. Denn das bisherige Gebäude kann natürlich seine Bestimmung eines Rathhauses nicht ändern. Die Kommunikation werde sich aber völlig verändern und zwar zum größten Nachtheile der südlichen Interessen, wenn zwei Rathhäuser in der Distanz, wie sie zwischen dem jetzigen Rathhausplatze und der alten Mauer besteht, mit einander korrespondieren sollten. Als passendster Bauplatz von anderer Seite der von der Königs-, Jüden- und Spandauerstraße begrenzte Komplex empfahlen, der sich also dem alten Rathhause gegenüber befindet. Ein ähnlicher Platz mentalbau, wie er sich in unserem jetzigen Rathhause präsentierte, auf der anderen Seite der Königsstraße müßte sowohl die kommunalen Zwecke wie für den Straßenverkehr von dem vortheilhaftesten Geltung sein.

— Aus dem über die Schulverhältnisse Berlins veröffentlichten Berichte des Magistrats ist ersichtlich, daß die Zahl der „fliegenden Klassen“ (von denen zwei hinter einander denselben Raum benutzen) eine ganz enorme Steigerung erfahren hat. In gleichem Maße sind natürlich auch die damit verbundenen Uebelstände gemachsen, deren Beseitigung nicht allein durch die entsprechende Vermehrung des Lehrpersonals erreicht wird. Ein Jeder kennt die strenge Disziplin der Schule, welche namentlich Unpünktlichkeit bestraft. Die Eltern nehmen daher schon aus eigenem Antriebe darauf Bedacht, ihre Kinder schon eine halbe oder Viertelstunde früher als nöthig zur Schule zu schicken, damit dieselben sich nicht verspäten. Die „fliegenden“ Schüler und Schülerinnen derart frühzeitig vor dem Schullokale anlangen, müssen natürlich, bevor sie ihre Klassen betreten können, bis zum Schlusse des betreffenden Unterrichts warten, was im Winter bei Kälte und Kälte, jedenfalls keine angenehme Position ist und auch für die Gesundheit der Kinder sich recht unzulässig erweisen kann. Es wäre ein Leichtes, die Kinder wenigstens unter Dach und Fach zu bringen, indem man ihnen die mit vielen Schulen verbundenen Turnhallen, oder die Aulas, oder Klassenzimmern oder sonstige Lokalitäten öffnet und dieselben gewissermaßen als Winterräume benutzte. Die Kinder, welche schon genug unter den schädlichen Einflüssen der „fliegenden“ Klassen zu leiden haben, wären dann wenigstens vor den unmittelbaren Einflüssen der Witterung geschützt.

Eine allerdings harte, aber zwecksprechende Klause enthält, wie die Allgemeine Preussische Zeitung schreibt, der Komtrakt, den das Direktorium des städtischen Krankenhauses mit einem biesischen Engros-Schlächter abgeschlossen hat. Derselbe lautet: „Der Lieferant ist der von ihm gestellten Kautions von 6000 M. verlustig, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er an irgend einen Unterbeamten oder im Krankenhauses angestellten irgend ein Geschenk macht, auch darf derselbe keine Geld seiner Person etwas verlaufen, die bei dem Institute angestellt ist.“

— In den hiesigen Handlungsgehilfen-Kreisen wird das Vergehen des Kaufmännischen Hilfsbundes in Berlin, durch Zeitungsinsinuation „junge Leute von außerhalb“ zur Besetzung vakanter Stellen in hiesigen Materialwaaren-Geschäften zum Zugzwang nach Berlin zu veranlassen und dadurch die Lage der stellenlosen Kommiss und des kaufmännischen Proletariats in Berlin noch zu vergrößern, in hohem Grade mißbilligt.

— **Atten auf der Straße.** Eine gewisse Unsitte ist in Folge zahlreicher Beschwerden bei den höheren hiesigen Gerichtsbehörden und dem Justizministerium zur Sprache gebracht worden. Es wird nämlich von Seiten des Publikums mit Recht darüber geklagt, daß hiesige Rechtsanwälte, besonders die in der Hauptstadt, auf der Straße ihre Attenkasselle in demonstrativer Weise zur Schau tragen, ohne dabei zu bedenken, daß die Richter, mit denen der Name der Parteien darauf lautet, vielfach von Passanten gelesen und zu recht unliebamen Irrthümern Veranlassung werden können. Oft kommt es sogar vor, daß besonders jugendliche Referendare sich in öffentliche Lokale begeben und dort mit ihren Atten zum Gaudium von Restaurantbesuchern und Gästen parodieren. Mit Recht dürfte dieser Unsitte von maßgebender Seite gesteuert werden. Wollen die Herren Referendare, Anwälte und Rechtsanwältinnen sich partout durch ein äußeres Zeichen schon auf der Straße zu erkennen geben, so mögen sie sich, wie es z. B. in Frankreich der Fall ist, große Bänder massen anschaffen, die sie event. mit der Angabe ihres Berufs versehen lassen.

Durch ein großes Feuer, das auch die lebendigen Menschen Verletzung eines Menschen zur Folge hatte, ist im Laufe des gestrigen Abends resp. der vergangenen Nacht die große Kantine dem Grundstück Ansestraße 70 in Hixdorf belegen worden. Das Feuer war in der für zugewandte Tischretter bestimmten Schinkenabteil von Laborenz fast vollständig vernichtet worden. Das Feuer war in der für zugewandte Tischretter bestimmten Schinkenabteil von Laborenz fast vollständig vernichtet worden. Das Feuer war in der für zugewandte Tischretter bestimmten Schinkenabteil von Laborenz fast vollständig vernichtet worden.

der nicht... nur die... alle die... ausgetilgt... den, der... befanden... Berlin... Einleit...

1500 Meter lang Verbindungsschläuche legen) und dadurch, dass die brennende Pfeifflamme sich in einem gewöhnlichen Raum...

Durch einen Unfall ist gestern in der allerfrühesten Morgenstunde ein Einbruch verübt worden. Zwei Diebe hatten...

Politik-Bericht. In der Nacht zum 2. d. Mts. machte eine Frau in ihrer Wohnung in der Reichsbergerstraße den Versuch, sich mittelst Schwefelsäure zu vergiften.

Am 2. d. Mts., früh, wurde ein Mann beim Ueberschreiten eines verbotenen Geleises auf der Ostbahn von einer sich langsam rührend bewegenden Lokomotive erfaßt und erlitt dabei eine so erhebliche Verletzung am Kopfe, daß er mittelst Dreischle...

Gerichts-zeitung.

Eine Strafe von einem Monat unschuldig verbüßt. Die schon mehrfach ventillierte Frage, ob die Retourbilletts für die Rückfahrt auf Denjenigen beschränkt wird, der sie für die Rückfahrt gelöst hat, gelangte auch bei der heute vor der sechsten...

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter tagte am Dienstag, den 1. Dezember, Köpckeinstr. 150/151, mit der Tagesordnung: Monatsberichterstattung...

doch tatsächlich öffentliche Angelegenheiten berathen wurden, — trifft den Angeklagten Blonz, der die Versammlungslösole alle Abhaltung dieser Versammlung gemiethet und daher als Einberufener bzw. Unternehmer gelten müsse.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. Ein trauriger Fall wird am nächsten Montag im ärztlichen Vereine im Saale des Sendenbergschen Stiftes zur Sprache kommen.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Stellmacher hielt seine regelmäßige Versammlung am Montag, den 30. November, im Vereinslokale, Inselstraße 10, ab mit der Tagesordnung: Wahl eines zweiten Vorsitzenden.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Industrien hielt am Montag, den 30. November, bei Serefeldt, Grenadierstraße 33, eine außerordentliche General-Versammlung ab, in welcher Herr Gottfried Schulz einen Vortrag über Zweck und Ziele der Fachvereine hielt.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter tagte am Dienstag, den 1. Dezember, Köpckeinstr. 150/151, mit der Tagesordnung: Monatsberichterstattung; Abrechnung vom Stiftungsfest; Vortrag über „Fachorganisation“ und Verschiedenes.

wiesen. Mit Recht könne man sagen, das Solidarietätsgefühl der Arbeiter rage weit über das der Fabrikanten hervor. Referent betont ferner, die Fachvereine sollten nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht für ihre Mitglieder wirken und dieses Streben müsse jeder Arbeiter mit Freuden begrüßen.

hr. Im Fachverein der Tischler hielt am Mittwoch in Keller's Restaurant, Bergstr. 68, Herr Meißner einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Submissionswesen. Bis zu Anfang unseres Jahrhunderts — so begann der Vortragende — wurden Staats- und Kommunalbauten in der Weise ausgeführt, daß für die bei einem Bau beschäftigten...

An die Lithographiensteinschleifer und Berufsgenossen Berlins. Kollegen! Berufsgenossen! Wir leben in einer Zeit, wo das Wort Schillers: „Immer strebe zum Ganzen, und laßst Du selber kein Ganzes bilden, so schlechte als dienendes Glied an ein Ganzes Dich an,“ immer mehr und mehr Geltung gewinnt.

hs. Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 1. d. M. in der Inselstraße 10 Herr Regierungsbaumeister Kehler einen interessanten Vortrag über die ältesten resp. ersten Bauwerke.

hs. Die Plathdeputirten-Versammlung der Berliner Zimmerleute in den Grätweil'schen Bierhallen am Dienstag Abend war zahlreich besucht und nahm eine Resolution an, welche den bekannten Beschluß mit der Forderung eines Stundenlohns von 50 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit in Frühjahr vorzugeben, vollständig aufrecht hält und alle Berliner Gewerkschaften zum Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation...

Magdeburg, 2. Dezember. In Folge Einladung durch den Vorstand der Maurer-, Zimmerer- und Steinbauermeynung hieselbst fand gestern Abend in Ciel's Etablissement in der Apfelstraße eine recht zahlreich besuchte Versammlung statt, behufs Wahl des Gesellenausschusses.

Diejenigen Frauen und Mädchen, welche noch ausgefüllte Listen zur Petition, betreffend Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe und Kinderschutz, in Händen haben, werden dringend ersucht, diese Listen in den nächsten Tagen an folgende Adressen gelangen zu lassen, da die Petition dem deutschen Reichstage zugestellt werden soll: Frau Kreuz, Staligerstr. 28; Frau Stagemann, Barnimstr. 20; Frau Steindorff, Marienstr. 14 und Frau Jherer, Kesselftr. 28.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. S. 29. Hamburg.) Filiale 4. Berlin. Sonnabend, den 5. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung, Andreasstr. 26. Tagesordnung: Rassenbericht. Verschiedenes.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter. Sonnabend, den 5. Dezember, in Grotwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Wahl des gesammten Vorstandes. 2. Abstimmung über die Petition, betreffend das Gewerbeschiedsgericht. 3. Unterstützungsgesuche. 4. Verschiedenes. — Gäste, die dem Verein beitreten wollen, sind willkommen. Kollegen, welche noch im Besitz von Listen zur Unterstützung der Arbeiter der Klingmann'schen Fabrik sind, werden ersucht, dieselben, gleichviel ob mit oder ohne Beitrag, abzuliefern.

Im Verein der Maschinisten und Heizer wird am Sonntag, den 6. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, Neue Jakobstraße 24/25 in Schultze's Brauerei-Auskant, Herr Ingenieur W. Kirchner über die Dampfessel-Explosionen im Deutschen Reich während des Jahres 1884 einen Vortrag halten. Gäste sind willkommen.

Invalidentafel der Berliner Buchdrucker. Freitag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Louisenstädtischen Konzerthause“, Alte Jakobstr. 37: Fortsetzung der General-Versammlung zur Beratung der Statuten.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

An die Schlosser Berlins. Kollegen! wie notwendig es ist, sich dem Fachverein resp. einer Korporation anzuschließen,

welche für die Rechte der Arbeiter eintritt, beweist folgender Fall. Ein Kollege arbeitete seit länger als 1 Jahr in der Spiritfabrik Röhlenstr. 6-7. Am 7. Mai d. J. verunglückte er dadurch, daß ihm ein Rohr, an welchem er beschäftigt war, auf den Finger fiel und ihm die Sehne durchschmitt. Ein Meister war auch dabei beschäftigt und hatte derselbe die Arbeit angeordnet. Derselbe bekam einen Schlag vor die Brust mit ab; man kann also hier nicht sagen, der Arbeiter ist selber Schuld gewesen. Der Herr Direktor sagte zu dem Verunglückten: „Sie können zufrieden sein, daß es noch so abgegangen ist.“ Ein schöner Trost! Der Kollege meinte, man hätte das Unglück verhindern können, wenn man vorher einen Hof untergeheißt hätte. Der Verunglückte wurde zu einem Arzt geschickt, welcher auch den Finger heilte, aber der Kollege konnte nicht arbeiten. Ein Besuch in der Klinik belehrte ihn, daß die Sehne noch entzwei sei. Anfangs August ging er auf Kosten der „Raiser'schen Krankenkasse“ nach „Bethanien“, wo ihm denn auch der Finger geheilt wurde; selbstverständlich ist ihm der Finger steif geblieben. Der Kollege kam nun wieder in die Spiritfabrik und der Herr Direktor sagte ihm: „Sie können ja so lange hier bleiben, wie Sie leben resp. wie Sie wollen, und wenn wir Sie nicht mehr als Schlosser beschäftigen können, dann können Sie als Arbeitsmann bei uns thätig sein.“ Der Kollege verlangte dieses Zugeständnis schriftlich, da kam er aber schon an; der Direktor legte dem Verunglückten ein Schreiben zum Unterzeichnen vor, welches dahin lautete, daß der Unterzeichnete sich verpflichtet, auf jede Unterstützung zu verzichten. Zum Glück verweigerte der Verunglückte seine Unterschrift. Diese Woche nun wurde er wiederum ins Komtoir beschieden und zwar in Gegenwart des Geschäftsinhabers Herrn Eisermann. Hier wurde ihm wieder ein Schreiben vorgelegt, welches besagte, daß er während seiner Krankheit den vollen Lohn erhalten hätte (tatsächlich ist dies jedoch nicht der Fall); also er wurde zum Lügen aufgefordert. Dieses Schreiben zu unterzeichnen, wogerte der Kollege sich ebenfalls. Er beantragte vielmehr, man möge sich doch gutwillig mit ihm einigen, in diesem Falle würde er mit einer einmaligen Entschädigung von 1000 Mark zufrieden sein. Da hatte er nun freilich in ein Wespennest gestochen, denn der Herr Direktor erklärte einfach: „Sie sind entlassen“. Er machte sogar noch eigenhändig die Thür auf und sagte: „Bitte“. Nun sitzt der verunglückte, arbeitslose Kollege da,

ein junges frisches Blut, zeitlebens in seiner Arbeit gebildet. Ein Meister, an welchen er sich jetzt um Arbeit wandte, und bei welchem er früher für einen Lohn von wöchentlich 21 Mk. in Arbeit stand, erklärte, ihn beschäftigen zu wollen, höchstens aber 10 Mk. wöchentlich zahlen zu können.

In seiner Bedrängnis kommt der Kollege zu mir und fragt, was da zu machen wäre? Leider ist er nicht Mitglied des Fachvereins, von welchem er unentgeltlichen Rechtsschutz bekäme. Doch, sollen wir den Kollegen dafür büßen lassen, weil er verunglückt ist und nicht Mitglied des Fachvereins war? Ich sage nein und ich hoffe, alle Kollegen werden das Gleiche sagen, denn es kann heute diesem, und morgen jenem das Gleiche passieren. Jeder wird dann froh sein, wenn die Kollegen ihn eintreten. — Darum Kollegen, um dem Verunglückten zu seinem Rechte zu verhelfen, beabsichtige ich eine Sammlung zu veranstalten, damit er in die Lage komme, sich einen tüchtigen Rechtsanwalt annehmen zu können, und die betr. Firma auf Grund des Haftpflichtgesetzes zu verklagen. Es ist möglich, daß der Verunglückte nur deshalb so schroff abgewiesen wurde, weil man glaubt, ein Arbeiter könne nicht klagen, indem dazu viel Geld gehört. Kollegen, belehren wir diese Firma eines Besseren, zeigen wir bei diesem Fall, daß wir im Stande sind, uns unser Recht zu verschaffen, treten wir Jeder ein und opfern 10 oder 20 Pf.; wenn das Jeder thut, so bin ich überzeugt, dann können wir den Prozeß euentlich alle Instanzen führen. Die Sammlungen können so gesammelt werden: Die Kollegen jeder Werkstatt bestimmen jemand, die Gelder einzusammeln und an mich abzuliefern, worüber ich eine Quittung ausstelle, welche der betreffende in der Werkstatt vorzeigen muß. Das Resultat wird dann im Fachverein der Schlosser bekannt gemacht. Ich bitte kollegialischem Gruß: C. Riethe, Alexanderstr. 118a, Druckgebäude IV. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

J. P. Gemik haben Sie das Recht — falls Ihr Name in die Wählerliste eingetragen ist — bei der Stichwahl Ihre Stimme abzugeben, auch dann, wenn Sie sich beim ersten Wahlgange an der Wahl nicht beteiligt haben.

Theater.

- Opernhaus.**
Heute: Die lustigen Weiber von Windsor.
- Schauspielhaus.**
Heute: Bürgerlich und romantisch.
- Deutsches Theater.**
Heute: Das Fräulein von Seiglière.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Pariser Leben.
- Residenz-Theater.**
Heute: Clara Soleil.
- Wallner-Theater.**
Heute: Mein Leopold.
- Velle-Alliance-Theater.**
Heute: Ein Falliment.
- Balthalla-Operetten-Theater.**
Heute: Der Jagdjunker.
- Victoria-Theater.**
Heute: Messalina.
- Central-Theater.**
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.
Heute: Zum 124. Male: Die wilde Rabe. Gesangsprobe in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.
- Louisenstädtisches Theater.**
Direktion: Jof. Firmans.
Heute: Rigoletto.
- Ostend-Theater.**
Heute: Graf Effer.
- Königsstädtisches Theater.**
Heute: Gastspiel der Illiputaner. Die kleine Baronin.
- Theater der Reichshallen.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
- American-Theater.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
- Kaufmann's Varieté.**
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Konfordia.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Heute:
Mit theilweise neuen Dekorationen und Kostümen.
Sinko,
oder: **König und Freiknecht.**
Drama in 5 Akten und einem Vorspiel von Ch. Birch Pfeiffer.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Wochentags Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Mach's Casino.

Oranienstraße 24. Rannustraße 65a.
Täglich: **Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**
Neu! Auftreten des berühmten Nigron-Lämperspaars Geschwister Footitt, des Transformationskünstlers Hrn. Klöckli, des unheimlichen Willms, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Hl. Bären, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten I. Ranges. Näheres die Tagesprogramme. Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Das maler. Ober-Italien. Pompeji.
Eine Reise durch die sächsische Schweiz. Dresden. Hochinteressant: Die Vertha-Reise. Karolinen. Insein. a Reise 20 Bfg., Kinder nur 10 Bf. Abonnements.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder, der Instrumentenmacher Franz v. Szejnpiński nach kurzer Krankheit am 2. Dezember sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezbr., Nachmittags 1 Uhr, von Bethanien aus nach dem St. Michaelskirchhofe statt. 128

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.

Eigene Fabrik. Solidé Preise. Prompte Bedienung.

Fachverein der Tischler.

Am Montag, den 7. Dezembr., Abends 8 1/2 Uhr,
Außerordentliche Generalversammlung
in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28.
Tagesordnung: 1. Beschlussfassung über Venderung des Statuts. 2. Diskussion über Errichtung von Zahlstellen. 3. Antrag, betreffend Unterstützung zurückender Kollegen. 4. Vereinsangelegenheiten. Quittungsbuch legitimiert. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [129] Der Vorstand.

General-Versammlung des Vereins der Einseher (Tischler)

am Sonntag, den 6. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrich-Str. 44.
Tages-Ordnung:
1. Krankenunterstützung der Vereinsmitglieder (Referent Kollege Henkel). 2. Rechenschaft der Vereinsmitglieder in gewerblichen Suetigkeiten. 3. Fragelasten.
Der Vorstand.
J. A.: Friedr. Richter, Stallreiberstr. 13.
NB.: Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, zu der am Sonntag, den 20. d. M. stattfindende Generalversammlung betreffs der Vorstandswahl recht zahlreich zu erscheinen.

Große öffentl. Versammlung der Lithographenschleifer und verwandten Berufsgenossen

am Sonntag, den 6. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Seefeld, Grenadier-Str. 33.
Tagesordnung:
Begründung eines Vereins. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
[117] Der Einberufer.

Außerordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Bau- u. Fabrikarbeiter-Kranken- und Begräbniskasse (C. H.)

am Sonntag, den 6. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Uebel, Rannuynstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist dringend nötig. Das Quittungsbuch legitimiert.
[127] Der Vorstand.

Arbeiter-Verein „Hoffnung“

für Friedrichsberg u. Umgegend.
Sonnabend, den 5. Dezember 1885, Abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
in Reumann's Lokal, Gürtelstr. 41.
T. D.: Vortrag des Schriftstellers Herrn Baake über: „Der Ursprung der Familie.“ [126] Der Vorstand.

Verein der Sattler und Fachgenossen.

Am Sonnabend, den 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
in Grotwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
T. D.: 1. Vortrag des Hrn. Dr. Venkenhoff über: „Feuerbestattung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
[119] Der Vorstand.

Diejenigen Frauen und Mädchen,

welche noch ausgefüllte Bogen der „Petition wegen Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe und Kinderschutz“ in Händen haben, werden dringend ersucht, dieselben möglichst in den nächsten Tagen bei den Unterzeichneten abzugeben: Frau Kreuz, Staligerstr. 28; Frau Stagemann, Barnimstr. 20; Frau Steindorff, Marienstr. 14 und Frau Jherer, Kesselftr. 28.
Unserm Vereins Kollegen Ludwig Degner zu seinen heutigen Wegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch!
Ob hä och werd süßen kennen?
J. P. W. H. S. E. G. R. A. St. A. N. C. P. A. S.
Die Beleidigung gegen Frau Grube nehme ich zurück.
[123] Frau M. Weber.

Neueröffnet.

G. Richter's Restaurant,

Rottbuserstr. 2, früher „Alte Linde“,
empfiehlt seinen neu eingerichteten Saal für Vereine, 160 bis 200 Personen fassend, mit und ohne Bühne, zur unentgeltlichen Benützung. Auskantsch von Weiß- und Baitisch-Bier. a la carte zu billigen Preisen. [127]

Neue Hamburger Kaffee-Lagerei

F. A. Stelner,

Ur. 9 Dresdener-Str. 9,
zwischen Rottbuser-Thor und Oranienplatz.
Spezialgeschäft für Kaffee, Zucker, Thee, Chokolade, Kaka, Vanille etc.
Den geehrten Hausfrauen als sehr vortheilhafte Einkaufsquelle empfohlen. Rohe Kaffee, ca. 30 Sorten, a Pfd. von 2 Mk. an, Soukong-Thee, feinschmeckend, Pfd. von 2 Mk. an, Chokolade, garantiert rein Kaka und Zucker, von 1 Mk. an.

Die Nr. 23 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Exped. des „Berl. Volkstabl.“ zu haben.

Sorben erschienen.
Bu besichen durch die Expedition, Zimmerstraße 44:
Die
Arbeiter-Schutzgesetzgebung im Deutschen Reich.
Eine sozialpolitische Studie für Jedermann von
Dr. Max Duard.
Preis M. 1.—
Gruße des Verdenden.
Gedichte eines demokratischen Redakteurs im neuen Deutschen Reich.
Von
Johannes Wedde.
Zweite, mit Erläuterungen versehene Ausgabe.
Preis M. 3.— [12]